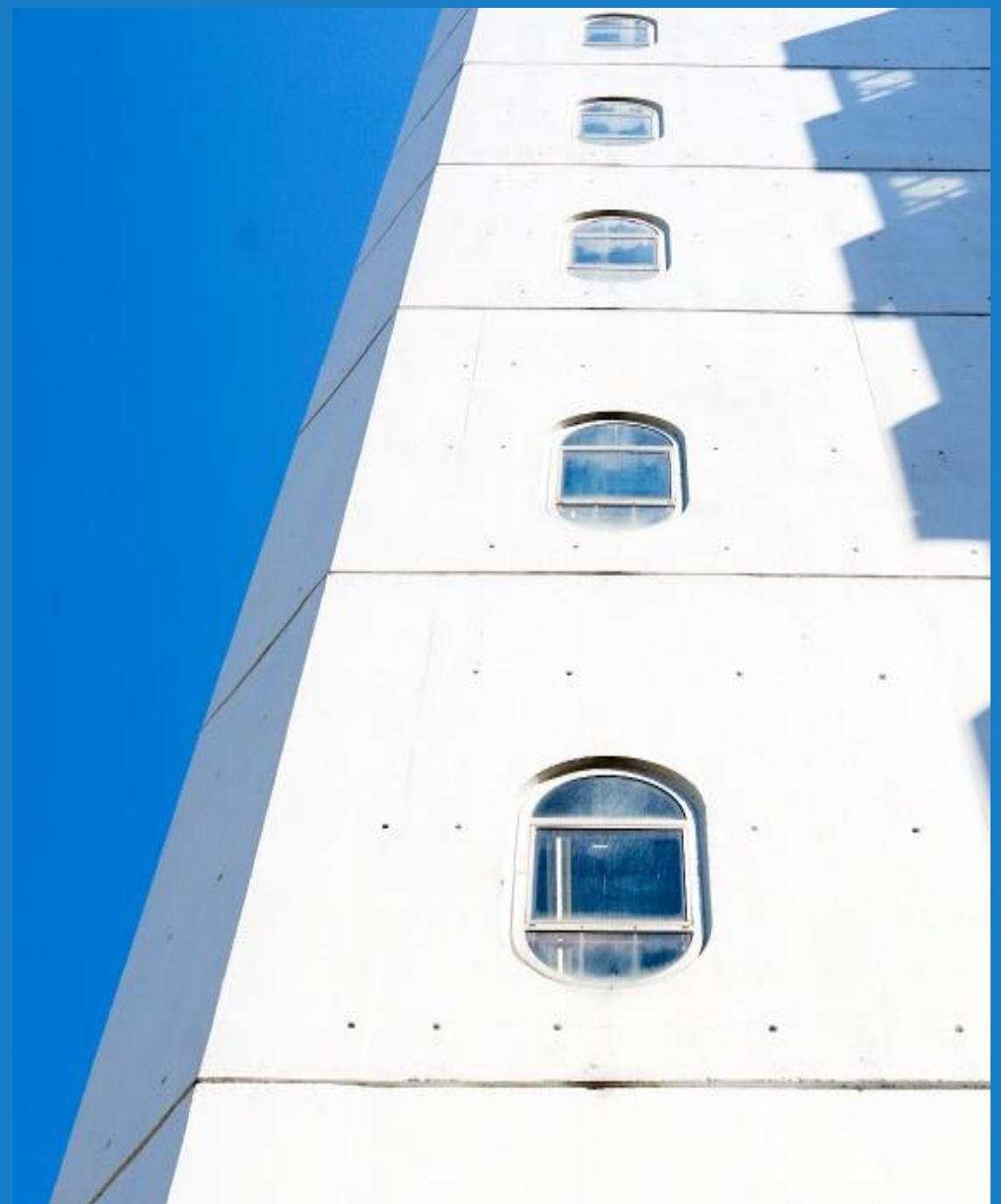


# Ökologische Demokratie

Prof. Dr. Andreas Fisahn



# Probleme - Fragen

1. Klassische Frage der Demokratietheorie: Wie wird aus den Willen der Vielen ein einheitlicher Wille?
2. Wie werden ökologische Interessen in der Demokratie vertreten?

# Interessen und einheitlicher Wille

Wie wird aus den Willen der Vielen ein einheitlicher Wille? Oder milder: Wieso sollte man Mehrheitsbeschlüssen folgen?

1. Konservative Antwort: Homogenes Volk mit einheitlichem Willen.
  - Carl Schmitt: ethnisch homogenes Volk mit Aussonderung des Fremden; Inhomogenen; Feindes.
  - Böckenförde: Einheitsbildung durch Schicksalsgemeinschaft; „Wir-Gefühl“.
  - Bourdieu: Staat schafft Einheit durch symbolisches Kapital. Problem: nur als Basislegitimität - unterschiedliche Interessen bleiben.

# Interessen und einheitlicher Wille

2. Liberale Antwort: Einheit entsteht im demokratischen Prozess – antagonistische Interessen ausgeblendet

- Rousseau /Kant: einheitlicher Wille von selbstständigen Männern. Vernünftiger allgemeiner Wille entsteht (irgendwie).
- Habermas: Vernünftiges Ergebnis entsteht im rationalen (herrschaftsfreien) Diskurs. Widersprüchliche Interessen wegräsoniert.

# Interessen und einheitlicher Wille

3. Pluralistische/ emanzipatorische Antwort: Einheit entsteht im demokratischen Prozess – antagonistische Interessen.

- Marx: Interessen erst im Kommunismus versöhnt.
- Fraenkel: Interessen werden gebündelt und geformt => Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen von wenigen Parteien und Verbänden.

# Interessen und einheitlicher Wille

Fraenkel: „Volk sind die Angehörigen der in verschiedenen Körperschaften, Parteien, Gruppen, Organisationen und Verbänden zusammengefassten Mitglieder einer differenzierten Gesellschaft, von denen erwartet wird, dass sie sich jeweils mit Erfolg bemühen, auf kollektiver Ebene zu dem Abschluss entweder stillschweigender Übereinkünfte oder ausdrücklicher Vereinbarungen zu gelangen, d.h. aber mittels Kompromissen zu regieren.“ (Deutschland und die westlichen Demokratien, 290)

# Interessen und einheitlicher Wille

Problem Individualisierung oder Atomisierung.

- Pluralismustheorie reflektiert fordistische Massengesellschaft.
- Massenorganisationen und Parteien verlieren an Bedeutung.
- Große Teile der Bevölkerung nicht vertreten.
- => Andere Formen der Bündelung notwendig.

# Grundeinheit

Welche Interessen werden vertreten?

Grundeinheit, demokratisches Kollektiv = Aktivbürger =

Wahlberechtigte erweitert sich historisch

- Wahlrecht nur für Männer – möglicherweise mit (1871)  
Stimmengewichtung (Dreiklassenwahlrecht Preußen)
- Wahlrecht für Frauen (1918)
- Wahlalter wird gesenkt von 21 (1949) auf z.T. 16 (heute –  
einige Landtage)



# Grundeinheit

Vorschlag Bruno Latour (Französischer Soziologe/ Philosoph 1947-2022):

- Wahlrecht auf nicht-menschliche Wesen ausdehnen.

„Müssen wir so weit gehen, den nicht menschlichen Wesen Wahlrecht zu verleihen? ... Wir werden zeigen, wie Menschen und nicht menschliche Wesen, sofern sie sich nicht mehr im Bürgerkrieg bekämpfen ihre Eigenschaften austauschen können, um gemeinsam den Grundstock des Kollektivs zu bilden.“

Latour, Das Parlament der Dinge (Frankfurt 2001), S. 90 f.

# Grundeinheit

Nicht-menschliche Wesen = belebte und unbelebte Natur  
(Tiere, Pflanzen, Steine, Staubsauger(?) usw).

Problem: Kommunikation – wie artikulieren nicht-menschliche  
Wesen ihre Interessen?

Antwort: Die Wissenschaften wissen mehr über die  
Bedürfnisse und Lebensweisen der Natur als Menschen über  
sich selbst.

# Grundeinheit

„Niemand könnte sich vorstellen, von Elefanten zu sprechen, ohne besagte Elefanten durch unglaublich subtile experimentelle Verfahren zu konsultieren. Bei den Menschen jedoch macht man sie nicht so viele Umstände Punkt unter dem Vorwand, dass die Menschen mit Sprache begabt sind, stellen sich die Politiker und viele Meinungsforscher, Soziologen, Journalisten und Statistiker vor, man könne über sie an ihrer Stelle sprechen, ohne sie je wirklich konsultiert zu haben, das heißt: ohne je die gewagte experimentelle Vorrichtung zu entdecken, durch die diese Menschen selbst ihr eigenes Problem definieren können, anstatt bloß auf die gestellte Frage zu antworten.“

Latour, Das Parlament der Dinge (Frankfurt 2001), S. 217 f.

# Grundeinheit

=>Wissenschaften formulieren die Interessen der nicht-menschlichen Wesen und bringen sie in den demokratischen Diskurs ein.

Problem: Vorverständnis der Wissenschaftler

- Widersprüchliche Interessen des Antilopenforschers und der Löwenforscherin.
- Interessen und Bedürfnisse = Ergebnis von Sozialisation
- Welche Interessen hat ein Stein?

Aber: Interessen sollen in einem komplizierten Arrangement von Ober- und Unterhaus gefiltert werden.

# Grundeinheit

Radikaler sind Donaldson und Kymlicka (kanadische Tierrechtsbewegte), in: Zoopolis – ihr Vorschlag.

- Haustiere erhalten Staatsbürgerschaft
- Wilde Tiere in menschlicher Umgebung (Vögel, Kaninchen) erhalten Rechte (Tötungsverbot) - Einwohner
- Wilde Tiere werden in Ruhe gelassen.

# Grundeinheit

„Unsere Hauptthese besagt, dass eine ähnliche Form von Staatsbürgerschaftstheorie auch für Tiere angemessen, ja wesentlich ist. Wir meinen, manche Tiere sollen – ebenso wie die Menschen – als Mitbürger unserer politischen Gemeinschaft angesehen werden, so dass ihre Interessen bei der Bestimmung unseres kollektiven Wohls mitzählen. Andere Tiere sollte man als zeitweilige Besucher – als Einwohner ohne Staatsbürgerschaft – betrachten, wobei ihre Interessen unsere Form des Strebens nach Kollektivem wohl durch kollaterale Einschränkungen mitbestimmen. Wieder andere Tiere sollte man als Bewohner ihrer eigenen politischen Gemeinschaften auffassen, deren Souveränität und Territorium wird zu respektieren haben.“ (Donaldson, Sue/ Kymlicka, Will: Zoopolis – eine politische Theorie der Tierrechte, Berlin 2013, 126)

# Grundeinheit

Viel Anlass zu ironischen Einwänden:

- Wer stimmt für die Haustier ab? Antwort: der Halter => ein Bauer mit 50 Kühen ....
- Gilt das Tötungsverbot auch für Spinnen, Ratten oder Mücken?  
(alles Einwohner)
- Wie werden die Interessen jenseits der Abstimmung vertreten?  
Antwort bleibt unbestimmt.
- Folge: alle müssen sich vegan ernähren usw. usw.

# Ökologische Interessen in der Demokratie

Kann man Latour folgen: Über Wissenschaft ökologische Interessen bestimmen?

Das geschieht merkwürdigerweise/ anscheinend häufig etwa bei:

- Planetarische Grenzen
- Erdüberlastungstag
- Biologischer Fußabdruck



Wissenschaft kann bestimmen:

- Untere Grenze – Menschliches Leben wird unmöglich.
- Folgen von Handlungs- und Produktionsweisen.
- Mittel, um Schäden zu vermeiden oder auszugleichen.

Obere Grenze = unbelastete Erde, d.h. ohne menschliche Eingriffe.

Dazwischen ein großer grauer Bereich = Wie wollen wir leben?

# Ökologische Interessen in der Demokratie

Politik-Definition: Soziale Auseinandersetzung um die Frage, wie wollen wir leben.

Demokratie = Entdeckungsverfahren, um Ziele und Mittel in möglichst großer Selbstbestimmung/ Freiheit zu bestimmen

⇒ Wissenschaften können Zielbestimmung nicht übernehmen.

Aber sie können informieren über:

- Voraussetzungen, Bedingungen, Konsequenzen sowie
- mögliche Mittel und Wege – alternativ

Auswahl der Mittel = Frage der Demokratie

Beispiel Klimawandel:

Wissenschaft informiert über

- Wirkung von CO<sub>2</sub> -Erwärmung
- Konsequenzen – Meeresspiegel/ Stürme etc.
- Mögliche Mittel: Erneuerbare Energien, CCS etc.

Politik legt Ziel fest:

- 1,5 - 2 Grad Erwärmung sind verträglich (Pariser Abkommen).

Und wählt Mittel:

- Windräder, Solarenergie, Wärmepumpen.

# Ökologische Interessen in der Demokratie

Problem: Werden Interessen der Natur ausreichend eingebracht?

Individuell – das Faust Dilemma:

- Interesse an gesunder, intakter, schöner Natur.
- Interesse an Nutzung für individuellen Konsum – auf geht's zum Mount Everest.
- Interesse an Nutzung für Produktion – Wasser für Papierfabrik

Oder: Papierfabrikant kann gleichzeitig Angler und die Vorarbeiterin Schwimmerin sein.

Problem strukturell:

Kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert nur mit Wachstum (nicht nur internalisierter Wert).

Wachstum braucht am Ende natürliche Ressourcen.

- Entkopplung von Wertzuwachs und Ressourcenverbrauch (Kasino) nur bedingt möglich.
- Entkopplung von Warenwachstum und Ressourcenverbrauch ebenfalls nur bedingt möglich – Selbst Erneuerbare brauchen Edelmetalle usw.

# Ökologische Interessen in der Demokratie

**Kurz: Ökologische Interessen sind in  
marktwirtschaftlich organisierter Demokratie  
strukturell im Nachteil!!**

Vorschlag:

- Wiederbelebung/ Erneuerung der pluralistischen Demokratie in ökologischer Absicht durch
- Institutionelle Stärkung ökologischer Interessen im demokratischen Prozess.

Wie das?

Viel diskutiert:

Eigene Rechte für die Natur  $\Leftrightarrow$  Erweiterung altruistischer Klagerechte.

Eigene Rechte mehr als altruistische Klagerechte, binden auch Gesetzgeber, nicht nur Administration.

Rechtssubjekt = juristische Fiktion  $\Rightarrow$  erweiterbar

Beispiele vor allem im globalen Süden - Beispiel Verfassung

Ecuador:



# Institutionelle Stärkung ökologischer Interessen

„Artikel 71: Die Natur oder Pacha Mama, in der sich das Leben fortpflanzt und entsteht, hat das Recht auf die ganzheitliche Achtung ihrer Existenz sowie auf die Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, ihrer Struktur, ihrer Funktionen und ihrer evolutionären Prozesse. Alle Personen, Gemeinschaften, Völker und Nationen können von den Behörden verlangen, dass sie die Rechte der Natur durchsetzen. Zur Durchsetzung und Auslegung dieser Rechte sind die in der Verfassung niedergelegten Grundsätze zu beachten. Der Staat gibt den natürlichen und juristischen Personen sowie den Gemeinschaften Anreize, um die Natur zu schützen und die Achtung vor allen Bestandteilen eines Ökosystems zu fördern. <https://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/english08.html>

Sinnvoll: **Ökosysteme**, nicht einzelne Entitäten der Natur.

# Institutionelle Stärkung ökologischer Interessen

Verfassungsentwurf Runder Tisch (1990)

Bildung eines Ökologischen Rates

Zusammensetzung: Hälfte gewählte MdBs, andere Hälfte gewählte MdLs.

Funktion: Dritte Kammer mit Einspruchsrechten analog Bundesrat

Problem: Verdoppelung parlamentarischer Vertretung


# Institutionelle Stärkung ökologischer Interessen

Kersten in das Ökologische Grundgesetz:

- „Ausschuss für Natur“ beim Bundestag = Parlamentsausschuss mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung – Keine Entscheidungsrechte.
- Die „ökologische Kammer“ beim Bundesrat = Abteilung des Bundesrates ergänzt um zivilgesellschaftliche Sachverständige – je einer pro Land auf Vorschlag von anerkannten Naturschutzverbänden und der Nationalen Akademie der Wissenschaften gewählt – Einspruch und Zustimmung, aber mit Dominanz der Parteipolitik
- „Rat für ökologische Entwicklung beim Bundespräsidenten“ = Nur zivilgesellschaftliche Sachverständige - analog Sachverständigenrat für Umweltfragen.

## Erweiterung:

- Dritte, vom Volk gewählte zivilgesellschaftliche Kammer.
- mit Einspruchs- und Zustimmungsrechten.
- Wählbar sind nur Umweltverbände.



Merci  
Gracie  
Thanks  
ευχαριστώ  
Tak  
Tesekür ederim  
Спасибо  
Gracias  
Dank u well  
**Danke fürs Zuhören**